

Tages-Anzeiger, vom 17.März 2006

Der Gekröpfte kommt nicht so rasch

Bern - «Die ganze Sache ist sehr, sehr diffizil», sagte Bundesrat Moritz Leuenberger (SP) gestern Donnerstag im Ständerat zu den Plänen für einen gekröpften Nordanflug auf den Flughafen Zürich. Und: «Das wird noch eine Weile dauern.» Obwohl die geplante Anflugroute entlang dem Rhein nur über schweizerischem Gebiet verläuft, sei eine Einigung mit Deutschland nötig. Die Deutschen könnten den Gekröpften wegen seiner Grenznähe «so erschweren, dass er praktisch nicht mehr realisierbar wäre».

Das war nicht das, was der Zürcher SVP-Ständerat Hans Hofmann hören wollte. Er hatte in einer Interpellation die rasche Einführung verlangt, «noch 2006». Er habe den Eindruck, dass in dieser für den Kanton Zürich wichtigen Frage «eigentlich nur geprüft und abgeklärt, aber nicht gehandelt wird». Der Südanflug habe auch rasch eingeführt werden können. Man werde den Verdacht nicht los, «dass es hier am Willen fehlt», sagte der frühere Zürcher Baudirektor. Dem Flughafen drohten Entschädigungsforderungen «ohne absehbares Ende». Im Aargau wären durch den Gekröpften nur ein paar «wenige Tausend» Leute neu betroffen, wobei die meisten in 700 Metern und höher überflogen würden, während beim Südanflug rund 75000 unter Überflügen in der Höhe von 100 bis 400 Metern litten.

Das kam vor allem bei den Aargauer Ständeräten nicht gut an. Thomas Pfisterer (FDP) giffelte, es sei schon erstaunlich, wie Zürcher Probleme immer wieder auf die nationale Ebene gebracht würden, weil man selber keine Lösung finde. Er bezeichnete einen vorgezogenen gekröpften Nordanflug als «einseitige Lösung» zu Lasten des Aargaus. In Frage komme nur eine Verteillösung, und der Gekröpfte sei nur «im Rahmen einer freundeidgenössischen Konsenslösung» möglich. Laut Maximilian Reimann (SVP), dem zweiten Aargauer Ständerat, trägt der Aargau schon viele überregionale ökologische Lasten wie zwei Kernkraftwerke. Hofmann habe «den Bogen eindeutig überspannt».

Eine Schelte gab es auch aus Basel: Anita Fetz (SP) erinnerte daran, dass die Zürcher Regierungen mitschuldig an der verfahrenen Situation seien; sie hätten sich jahrelang geweigert, mit Deutschland zu kooperieren. (kfr)